



Wien, 7. Juni 2017

Antrag zur Sitzung des WKÖ-Wirtschaftsparlamentes am 29. Juni 2017 betreffend

**Bürokratieentlastung der Unternehmen Österreichs durch Vereinfachung des Steuer- und Abgabensystems mittels Integriertem Tarif**

Immer wieder wird von Seiten der Unternehmerinnen und Unternehmer der Ruf laut, das österreichische Einkommensteuer- und Sozialversicherungsabgabensystem sei viel zu kompliziert und verursache einen großen bürokratischen Aufwand. Die Grüne Wirtschaft forciert daher seit geraumer Zeit das transparente System des Integrierten Tarifs.

Auch Finanzminister Schelling, Industriellenvereinigung, WIFO, IHS, der Rechnungshof sowie führende Wirtschaftswissenschaftler haben den Integrierten Tarif vorgeschlagen, der sich in anderen Ländern bestens bewährt hat.

Die Kammer der Wirtschaftstreuhänder hat immer wieder in Modellversuchen belegt, wie ein Integrierter Tarif umgesetzt werden könnte und gezeigt, wie dieser für alle Beteiligten zu Vereinfachungen und einer besseren Überschaubarkeit des Steuer- und Abgabensystems beiträgt.

Obwohl die noch amtsführende Koalitionsregierung aus SPÖ und ÖVP nach der letzten Nationalratswahl 2013 beschlossen hatte, ein neues Steuersystem zu erarbeiten, ist nichts geschehen.

Die Wirtschaftskammer fordert regelmäßig und zu Recht, dass die Unternehmen in Österreich von der Bürokratie entlastet werden müssen und der inzwischen nicht mehr durchschaubare Vorschriftendschungel entrümpelt gehört. Gerade das Einkommensteuerrecht ist im Laufe der Zeit durch unzählige Anpassungen und Ausnahmen sehr komplex geworden.

Als Organisation mit hervorragender hausinterner Expertise ist die WKO geradezu prädestiniert dafür, ein neues Modell auszuarbeiten und der im (voraussichtlich) Herbst 2017 neu gewählten Bundesregierung zur Umsetzung vorzuschlagen.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

**Die WKO soll gemeinsam mit den Sozialpartnern und ExpertInnen ein Modell eines Integrierten Tarifs ausarbeiten und dieses dem Nationalrat und der Bundesregierung nach der Neuwahl als Vorschlag für die gesetzliche Weiterbearbeitung zuleiten.**

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft

Sabine Jungwirth

Otto Kazil

Stefan Puschnig